BREMER RUNDSCHAU

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei - DKP Bremen | Nr. 3 / 2026

Der Zweck, die Absicht sind entscheidend!

Angesichts einer russenfeindlichen Angsterzeugung durch Politik und Medien winkt Airbus Bremen ein militärischer Großauftrag. Der Wirtschaftsstandort Bremen profitiert stark vom Geld auf Pump in die deutsche Kriegstüchtigkeit. Verantwortungslos meint BR-Redakteurin Kathrin Alapas.

Durch die verstärkte internationale Konkurrenz der kapitalistischen Staaten leben wir in explosiven Zeiten. Unsere angeblich so *„liberale Demokratie“* hat seit Jahrzehnten Russland im Fokus und bekämpft das Land mit dem Boykott diplomatischer Standards, wirtschaftlichen Sanktionen, Waffenlieferungen an die Ukraine - plus Steuergeld in Höhe von bisher über 130 Milliarden Euro, nebst hybrider Einflussnahme bei jeder sich bietenden Gelegenheit.



Angst vor dem russischen Bären?

Deutschland produziert einen Spannungsfall nach dem nächsten und baut dadurch ein angebliches Gefährdungsszenario seitens Russlands auf. Sie lügen uns die Hucke voll. Dabei benutzen sie Diffamierungsstrategien auf dem Niveau wie *„Wir sind die Guten – Putin ist der Böse“* bislang recht erfolgreich.

Für die Stabilität des aggressiven deutschen Aufrüstungsprogramms ist es daher von zentraler Bedeutung eine grundsätzliche Kritik am Kriegskurs Deutschlands zu verhindern und zu diffamieren, damit die Kriegsvorbereitung gen Russland reibungslos betrieben werden kann. Da muss man sich fragen, haben die nichts aus Stalingrad gelernt?

Todsichere Arbeitsplätze

Das Land Bremen und die hier ansässige Rüstungsindustrie profitieren stark von den Geldern auf Pump, die in ungekanntem Maße sprudeln. Das Beschaffungsamt der Bundeswehr eröffnet einen Standort, Milliarden vom Kriegsertüchtigungsministerium fließen in den Hafen in Bremerhaven und in den Bremer Flughafen. Die Auftragsbücher von den Rüstungsschmieden wie OHB, Rheinmetall, Airbus und allen anderen Bremer Rüstungsbetrieben füllen sich. *„All das sichert und schafft Arbeitsplätze“* singen die Bosse in ihrem Lied mit dem Tod und schaufeln unser Steuergeld gierig in ihre Taschen. ◆

Verflucht sind alle imperialistischen Kriege!



AfD – Partei für wen?

Für die werktätigen Menschen, die täglich Molochen oder für die Eigentümer der Betriebe?



Auch wenn ein nicht unerheblicher Teil der Arbeiterinnen und Arbeiter in der AfD eine Alternative sehen, bleibt sie dennoch eine Partei für die Konzerne und die Reichen. Der AfD ist es aber mit ihrer demagogischen Beeinflussung gelungen, den Eindruck zu erwecken, dass sie auch eine Partei für die Arbeiter und Arbeiterinnen sei.

Beim Praxistest zeigt sich aber, dass die AfD eine zutiefst arbeiter- und gewerkschaftsfeindliche Einstellung hat und wie sehr die Partei die Interessen der Konzerne, Banken und Eliten, also der Mächtigen und der Reichen vertritt.

Geschickt verdrehen sie Tatsachen und Fakten. Motzen und Geifern und stellen sich so ins Licht, als ob sie der Anwalt der Werktätigen, der Arbeitslosen wären.
Die Positionen der AfD lassen sich auf den Grundtenor, beispielsweise beim Arbeitsrecht so zusammenfassen:

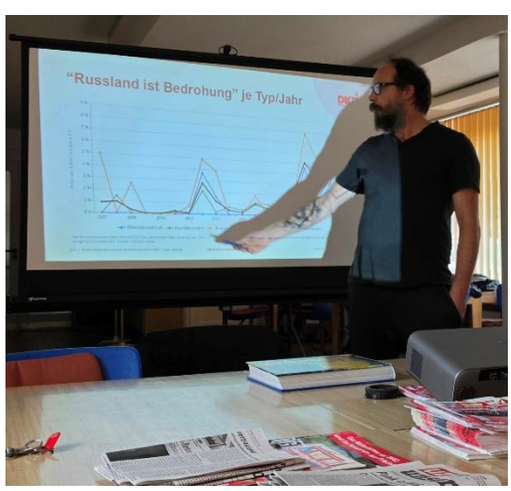
- das Arbeitsrecht ist dem wirtschaftlichen Erfolg des Betriebes unterzuordnen.
- Arbeitsbedingungen und Löhne für die Beschäftigten hängen grundsätzlich vom Wohlergehen des Betriebes ab.

Die Politik der AfD ist grundsätzlich gegen die arbeitenden Menschen gerichtet. Bei Abstimmungen im Bundestag hat die AfD gegen den Mindestlohn, gegen eine Mietpreisbremse und gegen mehr sozialen Wohnungsbau gestimmt. Auch lehnt sie eine Grundrente gegen Altersarmut ab, ist gegen eine Erhöhung des Arbeitslosen- und Kindergeldes und der Mindestvergütung für Auszubildende.

Die AfD ist für Steuerentlastungen für Reiche, ist gegen die Vermögenssteuer und gegen die Erbschaftssteuer für vererbte Unternehmen und millionenschwere Besitztümer.

Fazit: Die AfD ist eine stramm neoliberale und kapitalfreundliche Partei. Sie generiert sich als „Arbeiterpartei“, als die „Partei der kleinen Leute“, doch hinter den Kulissen agieret sie gegen die Arbeiterklasse für die herrschende Klasse der Reichen und Mächtigen. ◆

Durchgeführter Bildungsnachmittag der DKP Bremen



Ein großer Dank geht an unseren Genossen Sven G. vom DKP-Parteivorstand und der DKP-Friedenskommission. Wir hatten mit ihm als Gast am 25. Oktober einen tollen Bildungsnachmittag zur Militarisierung der BRD.
Der Schwerpunkt war die Bedrohungslüge der herrschenden Politik, mit der gerade Milliarden für die Aufrüstung gerechtfertigt werden. Während direkt vor unserer Haustür ein kommunales Klinikum geschlossen wird und dem Klinikum Bremen-Ost die komplette Notfallversorgung und alle weiteren somatischen Stationen von Schließung drohen.
Unsere Gesundheit wird durch die deutsche Politik und ihre Aufrüstung bedroht. Wir lassen uns nicht zu Feinden gegen andere Völker machen und setzen auf einen gemeinsamen Kampf von Gewerkschafts- und Friedensbewegung.

Alternative Kostproben *aus Sachsen-Anhalt für Deutschland*



Was passieren soll, damit ein gehorsamer Drill an den Schulen herrscht:

- Die Schulpflicht soll abgeschafft werden
- Schulsozialarbeit wird gestrichen
- Gruppenarbeit soll verboten werden
- Digitale Medien verschwinden aus den Schulen
- Mitbestimmungsrechte von Eltern und Schülern werden eingeschränkt
- Meldeportale gegen auffällige Lehrer und Schüler werden eingeführt
- Mehr Bismarck und weniger Hitler im Geschichtsunterricht, denn „unser Adolf“ soll ja nicht weiter beschädigt werden
- Nur noch 25 Prozent eines Jahrgangs dürfen aufs Gymnasium
- Geflüchtete Kinder werden in Sonderklassen ausgeschlossen

Nach der Bekanntgabe der Wahlergebnisse in Sachsen-Anhalt war die Bestürzung im politischen Berlin groß. In den Parteizentralen der „bürgerlichen Mitte“ fragte man sich: Wie kann es nur sein, dass 43,8 % der Wähler ihr Kreuz bei der AfD gemacht haben?

Ein Grund hierfür ist ganz sicher die Ignoranz zahlreicher Vertreter genau dieser Parteien gegenüber den Sorgen und Nöten der einfachen Menschen.

Dazu passt dann auch die Reaktion der CDU auf das Wahlergebnis: Der Kurs des Sozialabbaus, der Arbeitsplatzvernichtung und der Aufrüstung werden nicht aufgegeben, sondern sollen fortgesetzt werden. Die Umverteilung von unten nach oben hat weiterhin oberste Priorität.

Kommunisten machen Politik für die, die den Reichtum dieses Landes täglich durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft schaffen.

Es wird deutlich: Das System ist das Problem!

https://dkp.de/service/infos-anfordern/

AfD eine Friedenspartei?

z.B. Autobahn-Schlüsselrouten in Ostdeutschland für den NATO-Krieg gegen Russland

Jedes Hindernis, jede Verzögerung, jeder Stillstand der Kolonnen gen Russland führt zu Rückkopplungen und gefährdet den Einsatz. Dass bei einem Wahlsieg der AfD in Sachsen-Anhalt tatsächlich Behinderungen des Aufmarschs zu erwarten wären, liegt indes fern. Auf der Seite der AfD-Bundestagsfraktion liest sich das gegenteilig: „Wir folgen deutschen Interessen und wollen diese auch in Bündnissen und internationalen Organisationen umsetzen. Eine starke Bundeswehr und eine selbstbewusste Sicherheits- und Verteidigungspolitik sind dafür die beste Grundlage.“ Aufrüstung und Wehrpflicht gehören daher zum Konzept der AfD.

Nein, die AfD ist wahrlich keine Friedenspartei, auch wenn sie z.Z. für Frieden mit Russland ist. Die Gründe sind pragmatisch: für deutsche Kapitalinteressen. Preiswerte russische Energie für die deutsche Industrie, nicht für die Menschen im Lande mit ihren Gas- und Ölheizungen. Diese spart die AfD in Reden und Interviews aus.

Dat System is dat Problem, dor kannst du maken, wat du wullt

Kapitalistische Wohnungspolitik im Land Bremen

In Bremen wird Wohnen immer teurer – und das schneller, als die meisten Einkommen steigen.

In den letzten zehn Jahren sind die Angebotsmieten um etwa 50 Prozent gestiegen. Ein konkretes Beispiel zeigt, wie stark die Belastung ist: Eine Wohnung, die vor zehn Jahren noch 600 Euro Miete kostete, liegt heute bei 900 Euro. Für viele Haushalte bedeutet das eine massive finanzielle Mehrbelastung.

Doch während der Mieten explodieren, wachsen die Einkommen der Mieter*innen nur langsam. Besonders betroffen sind Menschen mit geringem Einkommen. Sie müssen einen immer größeren Teil ihres Geldes für die Miete ausgeben – und das oft zu Lasten anderer Lebensbereiche wie Ernährung, Bildung oder Freizeit.

Wohnen wird zur existenziellen Frage

Laut der Arbeitnehmerkammer Bremen gibt fast jeder dritte Mieter in Bremen mehr als 40 Prozent seines Nettoeinkommens für die Warmmiete aus. In Bremerhaven ist es etwa jeder vierte Mieterhaushalt.

Der DGB spricht hier von einer „Mietbelastungsgrenze“, ab dem Wohnen zur existenziellen Frage wird.

Sozialwohnungen: Ein rares Gut

Hinzu kommt der extreme Mangel an bezahlbarem Wohnraum. In Bremen fehlen **13.000 Sozialwohnungen**. Zum Vergleich: Nur knapp drei Prozent aller Wohnungen in der Stadt sind Sozialwohnungen – ein viel zu geringer Anteil, um den Bedarf zu decken.

Hilflos versucht die Politik gegenzusteuern Mit 140 Millionen Euro sollen **600 neue Wohnungen** entstehen. Doch das ist ein Tropfen auf den heißen Stein – gemessen an der Notwendigkeit. Die Situation auf dem Bremer Wohnungsmarkt ist sehr angespannt. Während Mieten steigen, Einkommen stagnieren und Sozialwohnungen fehlen, wird bezahlbares Wohnen für viele zur unlösbaren Aufgabe. Ohne massive Investitionen in den sozialen Wohnungsbau und strengere Regulierung der Mietpreise wird sich die Lage weiter zuspitzen – mit schwerwiegenden Folgen für diejenigen, die schon am Limit leben.

Bremen kann auch anders, aber nur wenn’s ums Militär geht

In der BЯEMER RUNDSCHAU 2/2026 schrieben wir zum Thema „Straßen- und Brückenbau im Land Bremen“ folgendes: Auf einmal sind funktionierende Straßen und stabile Brücken die Voraussetzung für unsere Daseinsvorsorge, nachdem jahrelang ein milliardenschwerer Investitionsstau angehäuft wurde. Die Gesetzesänderung sieht unter anderem vor, dass Brücken ohne langwierige Genehmigungen und Planfeststellungsverfahren gebaut werden können. Selbst wenn ein solches Verfahren notwendig ist, soll schon vor dessen Abschluss mit dem Bau begonnen werden können. Mit der Einstufung der Brücken als überragendes öffentliches Interesse bekommen sie Vorrang vor anderen Bauprojekten und Bremen kann dafür Geld aus dem **militärischen *Sondervermögen Infrastruktur*** ausgeben, damit die Brücken nicht zusammenkrachen, wenn die Bundeswehr gen Russland marschiert …

Impressum
BЯEMER RUNDSCHAU
Deutsche
Kommunistische
Partei
Bremen

Kontakt: dkp-bremen@gmx.de & www.bremen.dkp.de
Besser informiert, mit der Zeitung der DKP:
www.unsere-zeit.de oder einfach QR-Code

uz unsere zeit
SOZIALISTISCHE WOCHENZEITUNG – ZEITUNG DER DKP

V.i.S.d.P. Gerd-Rolf Rosenberger, Bremen

DKP Bremen

Dat System is dat Problem, dor kannst du maken, wat du wullt 2.0

Galeria-Kaufhof-Insolvenz: *Irgendwann wird das Zählen absurd*



Innerhalb von sechs Jahren hat die Warenhauskette Galeria Kaufhof zum x-ten Mal Insolvenz angemeldet. Die noch verbliebenen 10.000 Mitarbeiter bekommen Insolvenzgeld, was mehr oder weniger dem letzten Nettogehalt entspricht. Galeria betreibt derzeit 83 Filialen; 33 davon werden auf ihre Rentabilität geprüft und könnten geschlossen werden. Vor etwas mehr als zwanzig Jahren waren es bei der Karstadt-Quelle AG noch über 40.000 Beschäftigte.

Die Nach-Eigentümer von Rene Benko, dem „Self-made-Milliardär“ sind Baker & Beetz. Richard Baker steht dabei für die US-amerikanische Investment-Gesellschaft NRDC, die sich auf die Verwertung von Immobilien spezialisiert hat. Kopilot im Cockpit des seit Jahren in heftigen Turbulenzen steckenden Kaufhauskonzerns ist in der Schweiz lebender Freund Bernd Beetz, im Nebenberuf Präsident des Fußball-drittligisten SV Waldhof. Baker & Beetz stehen für geschlossene Galeria-Filialen, verkaufte Grundstücke, wegrationalisierte Arbeitsplätze, durch Erpressung erzwungener Lohnverzicht und Tarifflucht.

Das Beispiel Galeria Kaufhof zeigt brutal und gleichzeitig klassisch, wie im Arbeitsleben unter kapitalistischen Bedingungen mit den Arbeitern und Angestellten um des Profit Willens umgegangen wird: Die Unternehmer sind im Interesse eines möglichst hohen Profits daran interessiert, die Ware Arbeitskraft, das einzige, über das die Werktätigen verfügen, möglichst billig einzukaufen. Ihr Interesse besteht also an niedrigem Lohn, langer Arbeitszeit sowie hoher Arbeitsdichte mit so wenig Beschäftigten wie möglich. Also genau das, was wir zurzeit in Deutschland in allen Lebensbereichen erleben.

Was bedeutet: Die Fortsetzung der Galeria-Misere ist erstmal programmiert, solange sich die Kolleginnen und Kollegen nicht konsequent wehren. Ein erster Schritt ist Mitglied der Gewerkschaft verdi zu werden (https://mitgliedwerden.verdi.de/), denn verdi`s Aufgabe mit den Mitgliedern ist es, die Organisierung des solidarischen und kämpferischen Handelns, um die bestmöglichen Bedingungen für den Verkauf eurer Arbeitskraft zu sichern. Damit ordentlich was auf dem Girokonto ist.

DKP Bremen über Instagram: https://www.instagram.com/dkp.bremen/

… bis die Wehrpflicht vom Tisch ist!



Ich bin Soldat, muss Tag und Nacht marschieren, statt an der Arbeit muss ich Posten stehen,
Statt in der Freiheit muss ich salutieren und muss den Hochmut frecher Burschen sehen.
Und geht's ins Feld, so muss ich Brüder morden, von denen keiner mir zuleid was tat,
Dafür als Krüppel trag' ich Band und Orden, und hungernd ruf ich dann: Ich war Soldat!
Und nach der Heimat lasst uns hin marschieren und unser Volk von den Tyrannen befreien,
denn nur sie können Kriege führen, Soldat der Freiheit möchte ich wohl sein!

Ende September 2026 haben bundesweit wieder mehr als 45.000 Schülerinnen und Schüler in über 100 Städten die Schule bestreikt. In Bremen streikten erneut über 1.000 Schülerinnen und Schüler. Damit war auch der vierte Schulstreik gegen die Wehrpflicht ein voller Erfolg. Der Streik richtete sich gegen den Beginn der Zwangsmusterungen.

Am 18. September gab das Kriegsministerium bekannt, dass seit Juli 2026 18-jährige Männer gemustert werden. Darunter auch über 1.000 Jugendliche, die auf dem Fragebogen der Bundeswehr kein Interesse an einem Wehrdienst angegeben haben. Laut Kriegsministerium haben zwei Drittel aller Männer im zweiten Quartal beim verpflichtenden Fragebogen angegeben, kein Interesse an der Bundeswehr zu haben. ◆

„WIR sind die Generation Widerstand, die weiter gegen die Wehrpflicht streikt, bis sie vom Tisch ist!“

Im September 2026 erkundeten unsere Freundinnen und Freunde der Initiative Nordbremer Bürger gegen den Krieg und die Genossinnen, Genossen der DKP Bremen, die schöne **Vogel – und Naturwelt im Schönebecker Biotop**. Die zwei Führungen mit der engagierten Vogelkundlerin Kyra Behrje vom NABU dauerten jeweils insgesamt 2 Stunden. Nicht nur die Wanderung durch die Wälder Schönebecks war bei durchwachsenem Wetter schön, sondern wir lernten viel über den Wald. Erklärungen über die Wichtigkeit von Totholz hörten wir; besonders lernten wir die Vogelwelt kennen, die Arten, ihren Gesang. Anschließend kehrten wir ins Schloss Cafe Schönebeck zu Kaffee und Kuchen ein, und tauschten uns über die ersten Ergebnisse der Berliner Wahl am 20.9. aus. Insgesamt nahmen an der Naturwanderung 20 Freundinnen und Freunde teil! Gerd-Rolf R.

Schlaglichter

So, so ... NATO-Generäle in Kiew

Anfang Oktober 2026 hatte sich eine Delegation hochrangiger Generäle aller 32 NATO-Staaten zu Beratungen in Kiew (Ukraine) mit deren militärischer Führung eingefunden.
Aber hey, das ist kein NATO-Krieg gegen Russland, wenn man denn fest genug daran glaubt.

Nur zur Erinnerung

Es war die NATO mit ihrem Überfall auf Jugoslawien, die 1999 den Krieg nach Europa geholt hat. Ohne UN-Mandat und somit völkerrechtswidrig.
Ein Angriffskrieg gegen einen blockfreien, souveränen Staat und Deutschland mit dabei. Von wegen NATO = Friedensbündnis.



Von wegen: „Rüstung sichert Arbeitsplätze."

Rüstung geht vor allem zu Lasten sozialer und gesellschaftlicher Einrichtungen. Hier nur einige Beispiele, wie die Kürzung

- im Bildungsbereich, etwa in Form von Lehrermangel und maroden Schulen
- im Gesundheitswesen durch Schließung von Krankenhäusern, Streichung von Pflegedienstleistungen etc.

Kurz um: Es werden zunächst einmal sinnvolle Arbeitsplätze massenhaft vernichtet, die nicht annähernd durch ohnehin fragwürdige Rüstungsarbeitsplätze ersetzt werden könnten.

Tramp und Putin: Energiedeal

Anfang Oktober wurde zwischen Trump und Putin eine mehrere Millionen Tonnen umfassende Liefervereinbarung von Diesel getroffen. Dazu hat Trump die US-amerikanischen Sanktionen gegen Russland teilweise außer Kraft gesetzt, damit es ungehindert liefern kann.
Tja, Deutschland und die EU verzichten großzügig auf derartige Vereinbarungen. Stattdessen Deindustrialisierung und Firmenpleiten wegen zu hoher Energiekosten. Zudem steigende Heizkosten im Winter oder mangels „Knete" Ar... abfrieren.



Atombomben abwerfen

Im Oktober 2026 probte die Bundesluftwaffe im Zuge der NATO-Übung »Steadfast Noon« schon mal, den Atomkrieg mit Nuklearatrappen abwerfen.
Statt dieser Kriegsspiele sollte sich diese friedensunwillige Bundesregierung vielleicht mal besser in Diplomatie und Friedensverhandlungen üben. Aber das geht ihr völlig ab.

Null Beweise, aber die Russen warn's.

Leipzig. Es wäre nicht das erste Mal, dass sich die Behauptung „Die Russen warn's" als Täuschung oder gar Lüge entpuppt. Alle Male ging und geht es darum, das Feindbild Russland zu forcieren und die Bevölkerung in Richtung Kriegsstimmung zu manipulieren. So etwas nennt man Propaganda. Null Beweise, aber eine Behauptung einfach oft genug wiederholen, etwas bleibt dann schon hängen. Der Kriegstüchtigkeit wären die Regierungseliten dann wieder ein Stück näher.

Bremen: Rüstungsschmiede, NATO-Drehscheibe



Bremen, KI-generiertes Bild

Das ist der Preis einer strategisch gewichtigen Drehscheibe für Truppen- und Rüstungstransporte. Logistischer Knotenpunkt bedeutet automatisch, zu einem zentralen Angriffsziel zu werden. Einmal richtig gebombt bedeutet dann:
Zerstörung der Infrastruktur, militärischer Einrichtungen und Rüstungsbetriebe, welche in Bremen mächtig zulegen. Dass dabei natürlich auch Menschen und Wohnraum ausgelöscht werden, ist dann wohl als in Kauf zu nehmender Kollateralschaden zu bewerten.

Dafür kommen rund 1,35 Milliarden Euro vom Bund und weitere über 200 Millionen Euro von Bremen. Für Hafen, Infrastruktur und zur militärischen „Ertüchtigung“ des Pleiteflughafens. Danke dafür an Herrn Bovenschulte und Pistorius, nebst der unterstützenden Bremer „Linken“.

Das alles natürlich im Namen der Verteidigung. Weil Deutschland ja an sich schon immer eine Friedensmacht war und nichts anderes im Sinn hatte und hat.

Naja, mal vom 1. und 2. Weltkrieg und dem Überfall auf die Sowjetunion abgesehen. Trotz damaligen Friedensvertrags.
OK, die Sache mit Minsk I & II war nun auch nur ein Täuschungsmanöver, um die Ukraine aufzurüsten. Naja, die NATO-Osterweiterung darf man nun auch nicht so eng sehen. Und der Überfall auf Jugoslawien war doch auch nur eine humanitäre Maßnahme. Zudem stehen wir jetzt fest an der Seite Israels. Gegen Palästina und den Libanon. Im Namen der Freiheit und westlichen Werteordnung. Da muss man dann auch schon mal die USA und Israel in ihrem Angriff auf den Iran bei ihrer Drecksarbeit unterstützen.

Da haben die deutschen Eliten keine Skrupel, uns ihre Verdrehungen und Lügen aufzutischen. Während die Qualitätsmedien wie treibende Cheerleader im Gleichschritt dazu hampeln. Darum:

Widerstand wird immer mehr zum Muss. Für eine friedliche Welt und eine lebensbejahende Zukunft unserer Kinder und Enkel. Darum: Stopp dem Rüstungswahnsinn